

Samstag-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten - Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Samstag-Zeitung“ erscheint an jedem Werktag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis beträgt 2.00 Reichsmark. Der Preis für den Einzelheft beträgt 1.00 Reichsmark. Der Preis für den Einzelheft beträgt 1.00 Reichsmark. Der Preis für den Einzelheft beträgt 1.00 Reichsmark.

Neues in Kürze.

Drachmeldeun und Radiotelegramme.

Nach den bis jetzt vorliegenden Berichten der Arbeitsämter wird für die zweite Hälfte des April mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit um etwa 4 Prozent gerechnet. Nach einer Berliner Zeitungs-Korrespondenz verzeichnen einzelne ländliche Bezirke einen Rückgang von über 10 Prozent, während in einzelnen Städten noch ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit zu beobachten ist.

In den letzten Tagen sind in Berlin eine Reihe Anstellungsabschlüsse in Kreisen führender Wirtschaftler für Japan erfolgt. Auch in dieser Richtung zeigt sich das Darüberberichten der deutschen Wirtschaft.

Die polnische Regierung hat durch das Reichsgericht Hauptliquidationsamt von neuem über 180 deutsche Forderungen und Vermögensobjekte in Polen zum Verkauf gestellt. Die Weltung hat in Berliner politischen Kreisen Ueberzeugung hervorgerufen, daß die deutsch-polnischen Liquidationsverhandlungen noch immer im Gange sind und die letzte deutsche Note nach Warschau Überlegen erwarten läßt. Wie wir erfahren, wartet man im auswärtigen Amt bis Rückkehr des Außenministers Stresemann ab, um einen neuen Protest an die polnische Regierung zu richten.

Aus Kattowitz wird gemeldet: Die Ruhrunterstützung gegen die verhafteten Mitglieder des deutschen Volksbundes ist abgeschlossen. Man rechnet damit, daß die Verhandlungen gegen die einzelnen Angeklagten getrennt geführt werden und Mitte Mai ihren Anfang nehmen.

Im Dezember d. J. wurde der Deutsche Friedensgesellschaft hatte das Mitglied des Reichs Appellationsgerichts Hofmann einen Vortrag über die Ziele der Friedensbewegung gehalten. Wie der „Korvairs“ meldet, hat die Münchener Volkzeitung das Auftritten des französischen Redners verboten. Auf eine Beschwerde hin gestattete das bayerische Ministerium des Innern das Verlesen der Rede durch ein deutsches Mitglied der Friedensgesellschaft.

Die Londoner „Morningpost“ meldet aus Washington: Auch im Reparationsamt sind inzwischen zwei Anträge gegen die Freigabe der deutschen Vermögensgegenstände. Sie gehen vom Bund geschäftlicher Anleihegeber aus. Dem „Sun“ zufolge haben 17 Mitglieder des Repräsentantenhauses sich für die Unterstützung der Anträge erklärt.

Die Zahl der Arbeitslosen in England betrug am 29. März 1.013.000 Personen; dies bedeutet gegenüber der Vorwoche einen Rückgang um 25.754 Personen.

Bezeichnend für die wieder aufkommende Englandfeindschaft in Irland und die Gewaltamt der englischen Gegenmaßnahmen ist folgende Meldung aus Dublin: Gelsen wurde das Haus des Grafen Bluntett von Geheimpolizei durchsucht. Die drei Söhne des Grafen wurden verhaftet. Der jetzt 73-jährige Graf Bluntett, seine Gattin und seine Söhne waren in erster Linie im Sinnfeld-Anfall von 1916 verwickelt. Einer der Söhne wurde damals hingerichtet. Im Jahre 1923 ist Graf Bluntett erneut verhaftet worden.

Nach einer Mitteilung der Pariser Agentur Havas dürften die Friedensverhandlungen zwischen den spanischen und französischen Delegierten und den Auf-Delegierten in Ufa Mitte kommender Woche beginnen.

In dem griechischen Hafen Salamis fand eine Meuterei eines Teils der Garnison statt, die Reuterei wurden jedoch umzingelt und zur bedingungslosen Uebergabe gezwungen. — Diese ständigen Unruhen in Griechenland beweisen, wie weit das Land noch von der Verwirklichung der großen Zukunftsströme entfernt ist, die der Diktator Pangalos dem Volk ausmalte.

Ungarische Zeitungen melden, daß der Erzköniglicher Carol von Rumänien in Budapest eingetroffen und dann mit seinen Begleitern im Auto den Weg über die ungarisch-rumänische Grenze nach Bukarest genommen haben. In rumänischen Kreisen ist von einer Rückkehr des Kronprinzen nichts bekannt.

In Ungarn, der türkischen Hauptstadt, ist ein provisorischer ägyptisch-türkischer Handelsvertrag auf der Grundlage der Gegenseitigkeit unterzeichnet.

Amerika und wir.

Cooldige über Völkerbund und Abrüstung.

Bei der Grundsteinlegung zum neuen Heim des „Nationalen Völkerbundes“ in Washington hielt der Präsident der Vereinigten Staaten eine Rede, in der er u. a. ausführte: Die Vereinigten Staaten hätten es abgelehnt, sich dem Völkerbund anzuschließen, weil sie sich vor jeder Verwicklung in die Angelegenheiten anderer fernzuhalten wünschten. Wir wollen nicht in die politischen Streitigkeiten anderer Länder hineingezogen werden, weil sie uns nichts angehen.

Was die Abrüstungsfrage betrifft, so trat Präsident Coolidge für ein besseres Verständnis unter den Völkern im Interesse des Friedens ein. Wir haben oft ausgeprochen, daß, bevor die Land- und Seestreitkräfte herabgesetzt werden können, eine geistige und moralische Abrüstung vorangehen muß. Solange gegenseitige Feindschaft in der Meinung der Völker vorhanden ist, ist es zwecklos, eine Abrüstung zu erwarten.

Zum Schluß empfahl Präsident Coolidge der Presse, sich bei ihren Berichterstattungen von der Ehrfurcht der Religion leiten zu lassen, und erklärte, daß die Einrichtungen Amerikas auf dieser Grundlage weiter bestehen bleiben würden, und daß die Presse dieselbe Geistes-Richtung tragen solle.

Die Erklärungen Coolidges über Völkerbund und Abrüstung sind ein weiterer Beweis, für wie wenig gefestigt Amerika die Verhältnisse in Europa ansieht, und mit welchem Mißtrauen es gegen die Wirksamkeit des uns so laut gepriesenen Friedens- und Vorkriegsgeistes erfüllt ist. Andererseits macht es Amerika sich sehr bewußt, es heißt es, möglichst wirksam in Europa einzugreifen, um den Friedensfeinden und Nicht-Abtrünnern, also insbesondere Frankreich, bei ihren imperialistischen Unterdrückungsplänen und ihrer den Frieden immer wieder gefährdenden Politik der Militärbündnisse den Weg zu verzeihen. Die großen moralischen Verpflichtungen, die Amerika hat, so lange Millionen Friedensvertragspredigten an Deutschland nicht erfüllt sind, werden von Coolidge einfach verweigert.

Man hat das Gefühl, daß hinter den harmlosen Worten über die Nichtmischung in Europa die Fehrliebe darüber steht, daß Europa nicht einzig ist (weil es dann eine Gefahr für Amerika sein könnte), und daß Frankreichs Auereitenden und Nicht-Abrüstung den Amerikanern durchaus willkommen sind. Jedes Wort des Korvairs oder gar der Enttäuschung stellt, die Mißbilligung der Weltung, irgend etwas zur Ueberwindung der Reparationslasten Deutschlands und zur Wiederherstellung des ihm angetanen Unrechts zu unternehmen, steht

Österreichische Ansprüche an Amerika

Nach einer Meldung der „Associated Press“ aus Washington legt ein Schreiben des österreichischen Gesandten an das amerikanische Staatsdepartement die Regelung der österreichischen Ansprüche gemäß der vorgelegenen Regelung der deutschen Ansprüche an. Das Staatsdepartement unterbreitete das Schreiben den Untersachschüssen der Kommission für Finanzen und Handel im Repräsentantenhaus, die die Frage des fremden Eigentums erörtern. Der Gesandte schlägt vor, daß Österreich ein Teil der auf das fremde Eigentum aufgelaufenen 20 Millionen Anleihen als Vorkredit gewährt werde. Er erklärte, eine derartige Zahlung würde die wirtschaftliche Erholung Österreichs sehr fördern.

Anschluß Kanadas an die Vereinigten Staaten?

Die Londoner „Morningpost“ meldet aus Montreal (Kanada): Der kanadische Staat hat einen Antrag aus dem Hause der Regierung überlassen, der den wirtschaftlichen Anschluß Kanadas an die Vereinigten Staaten empfiehlt. Der Regierungsvizepräsident protestierte energig gegen die Annahme des Initiationsantrages.

Panamerikanismus.

Präsident Coolidge empfing gestern in Washington 150 südamerikanische Zeitungserleger, die an dem ersten panamerikanischen Journalistenkongress teilnehmen werden, der in den Vereinigten Staaten abgehalten wird. Am Tage zuvor waren die Südamerikaner von Staatssekretär Kellogg und führenden Persönlichkeiten des Senats und des Repräsentantenhauses be-

grüßt worden. — Abkehr von Europa, Hinkehr zu Sidamerika ist das neue amerikanische Programm.

Gegen die Trockenlegung.

Der amerikanische Senatsauschuß für die Unteruchung der Alkoholverträge letzte gestern seine Beratung fort. Der demokratische Parteiführer in Chicago, Brennan, führte aus: Das Alkoholvertrag sei nationaler Stempel und habe gefährdete Trunkucht, Unmoral, Weltlichkeit, Geschlechtskrankheit, Fülle von Unheil infolge Gewinns von schlechtem Alkohol im Gefolge gehabt und zu einer Steigerung der Verbrecher im allgemeinen geführt.

Vor dem Senatsauschuß erklärte die Vertreter des amerikanischen Arbeiterverbandes, der Arbeiter müssen Bier und Wein; es würde ihm besser gehen, wenn er diese Getränke hätte. Das juristische Gutes sei ein Ziel, denn es begünstige die Kehlen. Wenn eine allgemeine Volksabstimmung über diese Frage veranstaltet werden würde, so würde sich die Mehrheit für eine Gesetzesänderung aussprechen.

Nach amtlicher Mitteilung wurden Ende März in Oesterreich 193.742 unterkürzte Arbeitslosengeld bezahlt. Die Verminderung gegenüber Mitte März beträgt rund 14.000.

Die Dameslasten untragbar.

In dem Bericht der amerikanischen Abteilung der Internationalen Handelskammer in Washington heißt es u. a.:

Deutschland ist nicht in der Lage, alle künftigen Anforderungen des Damesplanes zu erfüllen. Soll Deutschland Reparationszahlungen leisten, so ist die Wiedergewinnung und Ausdehnung seines Auslandsmarktes notwendig. Dieser Prozeß ist bereits im Gange, da erwartet wird, daß die Dameszahlungen im zweiten Jahre durchaus in Warenlieferungen bestehen werden. Das zweite Jahr stellt die Grenze der Leistungsfähigkeit der Reparationen dar, ist das Höchstmaß der Bereitwilligkeit der Völker erreicht, Leistungen in Waren anzunehmen.

Der Bericht hebt den Zusammenhang zwischen den Reparationszahlungen und dem Schuldendienst für die von Amerika gegebenen Anleihen hervor. Sollten die Reparationszahlungen den Verzins einnehmen und sollte der Damesplan verlagert, dann müßten neue Anleihen für den Schuldendienst ausgenommen werden.

Das Steuerminderungsgezet gefährdet!

Der Dameskommissar für die verpöblichten Reichseinnahmen, der jurist der Pariser Reparationskommission Bericht erstattet, hat seine Wiederantwort in Berlin für Montag angelegt. Er hat den Dienstag als Verhandlungstag mit der deutschen Regierung vorgeschlagen über seinen Einspruch gegen die Steuerminderungen. Die deutsche Regierung, gemeinsam mit dem Dameskommissar würde das hiesige Schiedsgericht anrufen, wird im gelingten Pariser „Tempo“ als irreführend bezeichnet. Bisher liegt kein Einverständnis des Dameskommissars mit diesem Vorstoß der deutschen Regierung vor. Die Pariser Hauptagentur meldete gestern, daß die Reparationskommission den Einspruch des Dameskommissars gegen die deutschen Steuerminderungen als zu recht bestehend anerkannt habe. Man wird sich deshalb auf Ueberzeugungen einig machen, die mit so viel Hoffungen beglückten Reichshöflichen „Steuerminderungen“ gesetzt zu machen haben.

„Politik ist Geschäft!“

Nach der Revolution konnte man es in Deutschland fast täglich hören und lesen: „Politik ist Geschäft.“ Soweit man damit meinte: „Politik ist ein Geschäft“, war das durchaus zutreffend; für Vintspolitiker war eine labelfähige Geschäftsführung, es waren geradezu „Gründungs-jahre“ der Politik als Geschäft und der Gewinn war wirklich nicht gering. Aber offiziell meinte man mit dem Schlagwort: „Politik ist Geschäft“ ganz etwas anderes: daß die Politik nicht mit dem „Bureaucratismus“ der früheren „Beamtenregierungen“, sondern mit der ganzen (sozialistischen) Leidenschaft, der Zielbewußtheit, dem Ringen nach Erfolg wie privatgeschäftliche Unternehmungen betrieben werden müßte im freien Wettbewerb der Lügheit.

Seither ist es mit dem Schlagwort merkwürdig nicht geworden, es ist nicht mehr „leider Schrei der Mode“. Und wirklich: ein einziger Akt in die Politik genügt, um die Stille zu erklären: von dieser eigentlichen „Politik ist Geschäft“ ist in Praxis nichts mehr, aber auch gar nichts mehr zu verdrängen. An Stelle der sühn verübenden Hochtonjunktur ist klägliche Krisis getreten, je eigentlich scheint man vorläufig nur noch das Geschäft zu liquidieren.

Denn, warum geht es bei dem ganzen ungeschicklichen Aufmarsch von heutiger politischer Betätigung? Um das Produzieren, um politisches Hebelstellen, Säen, Unkrautjäten, Roggen, Weizen, Hafer, Gerstenernten, darum kümmert sich fast keiner mehr, sondern fast alles geht nur darum, die Wehren, die Gott bisher wachen ließ, auszubringen und immer wieder auszubringen und die Körner zu verteilen. Politik ist fast zu einem bloßen Verteilungsorgan geworden. Da kommt bald wieder, daß jeder „Reichsminister“, „Landtagspräsident“ und „Kreisrat“ nicht mehr ein ruhiger Betrachter produktiver Gedanken und Kräfte, sondern ein Verteilungs-freier. Die eine Partei fordert für die Arbeiter und Arbeitslosen, eine andere für den Handel, eine dritte für den kleinen Mittelstand, eine vierte für die Industrie, oder für die Landwirtschaft oder für die Beamten und so weiter. Die Hauptfrage ist allen: Dem Verteilen ihre Leute nicht zu kurz kommen zu lassen. Wenn es der Verteilung unproduktive Arbeit, um Korvairs-bringen des Geschäftes ginge, wäre für sozial Recht gar keine Zeit.

Aber wer denkt eigentlich an die Hauptfrage, an das positive Schaffen, an die Produktion, daran, daß die Hauptfrage am Geschäft das Erzeugnis, der Nutzen ist und daß das Verteilen des Nutzens, das Ausgeben ganz Nebenfrage ist und eigentlich überhaupt gar nicht mehr zum Geschäftlichen gehört?

Früher, unter den geschäftlichen „Beamtenregierungen“, war das anders. Da war ein ganzer Stab von führenden „unpolitischen“, d. h. nicht auf den Beifall der allzu uneinigen Parteien angewiesenen Beamten da, für die die Parteiwirtschaft nur Anregung, aber nicht Recht waren. Ihre ganze Aufgabe und Tätigkeit bestand darin, für eine Politik zu sorgen, die wirtschaftlichen Nutzen, Geschäftsgewinn für die Gesamtheit abwarf. Ob diese Aufgabe immer mit all der Rührigkeit und dem (sozialistischen) Zwangsbetrieb betrieben wurde, die ein Parteimitglied erfordern, um nicht der Konkurrenz zu erliegen und dennoch unvorwärts zu kommen, ist dahingestellt. Aber es wurde doch wenigstens in dieser Hinsicht und Richtung gearbeitet, es war eine ganze, große „Geschäftsorganisation“ dafür da. Heute dagegen hat man selbst diese Organisation aufgehoben, hat an die maßgebenden Führerposten lauter Männer gestellt, die „Politiker“, d. h. Parteipolitiker sind und also abhängig von dem ganzen Parteiapparat und Streit um die Parteiführungsmittel, der heute durchaus die Hauptfrage bei der ganz schließl noch immer Politik genannten Tätigkeit ist.

Ich will durchaus nicht behaupten, daß man bewußt das Geschäft Politik liquidiert; — was nach Beendigung zur Politiklosigkeit, d. h. was nach Anarchie führen würde, auf die die Kommunisten rechnen. Aber man stelle sich ein Geschäft vor, bei dem die Inhaber ihre Hauptaufgaben und Haupttätigkeit darin sehen, immer nur Gelder für ihren Bedarf aus der Geschäftskasse zu entnehmen, bei dem aber keiner für die Hauptfrage sorgt, nämlich, daß das Geschäft in Gange bleibt und vorwärtskommt, daß es einen Gewinn abwirft. Das würde nur ganz kurze Zeit dauern, dann wäre das Geschäft auf dem Grund, um das wenige Bargeld würde sich die Inhaber immer erbitterter streiten und schließlich verschwände das ganze Unternehmen vor der Liquidation.

Wenn wirklich Politik Geschäft ist — und einer der wichtigsten Zweige der Politik ist es

